



# RUNDBRIEF 2/2020

## SUDAN/SÜDSUDAN

KOORDINATIONSGRUPPE 2054  
SUDAN/SÜDSUDAN

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



# INHALT

Einleitung	3
Sudan: Entwicklungen seit Juni 2020	4
Tigray-Konflikt	8
Sudan – ein sicheres Herkunftsland ?	8
Menschenrechtslage im Sudan	8
Aktion zu Diskriminierung von Frauen im Sudan beendet	10
Südsudan: Entwicklungen seit Juni 2020	10
Südsudan: Rechenschaftspflicht ist entscheidend um die schweren Menschenrechtsverletzungen zu beenden	13
Südsudan: Nach Anstieg der Gewalt gegen Zivilbevölkerung muss UN-Waffenembargo aufrechterhalten werden	14
Überflutung im Südsudan in der Pibor Gegend verschärft die humanitäre Krise im Südsudan	15
Am 31. Juli wurde das Todesurteil gegen Magai Matiop Ngong aufgehoben	16
Urgent Action: Kanybil Noon	16

**Foto Seite 1:** A Sudanese protester covers his face from tear gas during an anti-government demonstration in the Sudanese capital Khartoum's district of Burri on February 24, 2019. - Riot police swiftly confronted protesters in Omdurman and Burri with tear gas, witnesses said. Protest organisers have vowed to continue with daily rallies, accusing President Omar al-Bashir and his officials of economic mismanagement that has led to soaring food prices and shortage of foreign currency. (Photo by STRINGER / AFP) (Photo credit should read STRINGER/AFP/Getty Images)

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.  
Koordinationsgruppe Sudan/Südsudan  
Martina Liedke  
E: [info@amnesty-sudan.de](mailto:info@amnesty-sudan.de). W: [www.amnesty-zentral-ostafrika.de](http://www.amnesty-zentral-ostafrika.de)

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

## Einleitung

Im Sudan hat sich die Situation für die Zivilbevölkerung seit Juni 2020 nicht verbessert. In fast allen Teilen des Landes kommt es immer wieder zu Protesten gegen die Auswirkungen der extrem schlechten wirtschaftlichen Lage. Die Preise für Grundnahrungsmittel und Benzin steigen immer noch an, die Inflationsrate liegt schon bei über 200 %. Als Folge herrschen bei vielen Bevölkerungsteilen Mangelernährung, besonders Frauen und Kinder leiden oft unter Hunger ( 10 von 43 Mio. Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen). Auch das Gesundheitssystem ist weiterhin unterversorgt, was sich durch die Covid-19 Pandemie noch verschärft hat. In weiten Teilen des Landes gibt es immer noch eine mangelhafte Wasserversorgung.

In den Flüchtlings-Camps werden die Menschen immer wieder überfallen, ausgeraubt und vergewaltigt. Besonders in Darfur ist die Lage vor dem Hintergrund des UNAMID (Hybride Mission UN/AU für Darfur)- Abzugs Ende 2020, als sehr problematisch anzusehen. Amnesty sieht mit dem Abzug von UNAMID den Schutz für die Bevölkerung nicht mehr ausreichend gewährleistet und fordert deshalb eine Verlängerung des Mandates um 6 Monate.

In Darfur, Südkordofan und zuletzt vermehrt im Ostsudan (Kassala, El-Gedaref) kommt es verstärkt zu Demonstrationen gegen die mangelnde Umsetzung der Reformen durch die Übergangsregierung, aber auch gegen die Unsicherheit. Die Protestierenden fordern eine Einhaltung ihrer Forderungen von der Revolution im Jahr 2019. Die Regierung setzte wiederholt Tränengas und scharfe Munition gegen die Demonstranten ein, wodurch es mehrere Todesopfer gab. Auch die berüchtigten RSF (Rapid Support Forces) waren an vielen gewalttätigen Überfällen auf die Zivilbevölkerung beteiligt. Die RSF werden auch maßgeblich für das Massaker am 3. Juni 2019 vor dem Militärhauptquartier in Khartoum verantwortlich gemacht. Bisher gibt es noch immer keinen Untersuchungsbericht zu diesem Vorfall. Amnesty International forderte wiederholt ein Ende der Straflosigkeit, Einleitung eines Versöhnungsprozesses und den Aufbau eines unabhängigen Justizsystems. Sudan hat der Überstellung des ehemaligen Präsidenten al-Bashirs an den ICC (International Criminal Court) zwar zugestimmt, aber bisher noch nicht durchgeführt.

Da immer wieder verschiedene Sicherheitskräfte in gewalttätige Aktionen gegen Zivilisten verwickelt sind, fordert Amnesty International eine umgehende Reformierung des Sicherheitsapparates.

Durch den Tigray-Konflikt in der Grenzregion Äthiopien/Sudan hat sich die Flüchtlingssituation im Sudan nochmals verschärft. Bis zu 50000 Flüchtlinge sind dadurch zusätzlich ins Land gekommen (ca. 2.5 Mio. IDPs (Internally Displaced People) und ca. 1,8 Mio. Flüchtlinge aus Nachbarstaaten gibt es im Sudan). Trotz der desolaten und volatilen Situation im Sudan werden aus verschiedenen europäischen Ländern wieder vermehrt Geflüchtete in den Sudan abgeschoben.

Das Militär ist immer noch sehr mächtig (verantwortlich für viele Menschenrechtsverletzungen) und besitzt viel Kapital und Unternehmen, wodurch die Lage als sehr instabil gilt und die Bevölkerung zu Recht eine zivile Regierung ohne Militär fordert.

Die Lage im Südsudan weist nach neuen Untersuchungen von Amnesty International weiterhin schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen auf, die nicht strafrechtlich verfolgt werden und dadurch begünstigt werden. Die Zusammenstöße zwischen staatlichen Sicherheitskräften und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen sowie die Kämpfe zwischen ethnischen Gruppen nahmen 2020 im Südsudan besorgniserregend zu. UN- Berichte deuten darauf hin, dass sich immer mehr organisierte Kräfte an den Gewalttaten beteiligen. Die Gewaltakte führten zu einer Zunahme von Entführungen und Tötungen von Zivilisten, sexueller Gewalt und Vertreibung von Tausenden von Menschen. Amnesty International fordert ein Ende der Straflosigkeit und eine Reformierung des Sicherheitsapparates, da der NSS (Nationaler

Sicherheitsdienst) für viele schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Bisher wurde auch der geplante Hybride Gerichtshof (HCSS) nicht eingerichtet, welcher seit 2015 auf der Agenda steht. Somit sind die seit Beginn des gewaltsamen Konfliktes im Jahr 2013 begangenen Menschenrechtsverletzungen noch nicht strafrechtlich verfolgt und untersucht worden.

Nach wie vor ist die medizinische Versorgung für die Bevölkerung mangelhaft, was bei einem Ausbruch von Covid-19 gravierende Folgen hätte. Die humanitäre Versorgung ist nicht überall gewährleistet und für humanitäre Helfer äußerst gefährlich: 2020 sind mindestens neun von ihnen ermordet worden.

Die südsudanesische Bevölkerung leidet extrem unter Nahrungsmittelknappheit, und es wird deshalb erneut vor einer drohenden Hungersnot gewarnt. Zehntausende Kinder sind von Unterernährung bedroht.

## Sudan

### Entwicklungen seit Juni 2020

Ende **Juni** (29.6.)äußert sich das ACJPS (African centre for justice and peace) in Sorge um 72 Männer, die willkürlich von den RSF (Rapid Support Forces) inhaftiert wurden. Der Governor von West Darfur gab an, dass der Verdacht besteht, dass diese Männer Verbrechen wie Menschenhandel, illegale Immigration und Plünderungen begangen haben sollen. ACJPS fordert die sudanesische Regierung auf, den Inhaftierten Kontakt zu einem Anwalt und ihrer Familie zu gewährleisten, ohne einen gültigen Haftbefehl die Männer freizulassen und Maßnahmen zu ergreifen, welche einen Schutz vor COVID-19 bieten.(Radio Dabanga)

### **August**

Am **07. August** starten Bürgerrechtsorganisationen und Aktivisten im Sudan die Kampagne „Protect the right to live“ (Beschütze das Recht zu leben). Begründet wird die Kampagne mit der zunehmenden Gewalt zwischen gesellschaftlichen Gruppen, sowie einer zunehmenden Anzahl an Tötungen in Darfur, im Osten, Blue Nile und den Nubabergen. Der Übergangsregierung wird Versagen vorgeworfen.

Am **30.August** einigen sich die sudanesische Regierung und die SRF (Sudan Revolutionary Front) auf ein **Friedensabkommen**, das letztlich am **3.Oktober** unterzeichnet wird. Die SRF ist eine Allianz von neun politischen und bewaffneten Gruppen aus dem Sudan, auch aus den Konfliktregionen Blue Nile, Darfur und Süd-Kordofan . In der Vereinbarung sind Fragen zu Machtteilung, Sicherheit, Landbesitz, dem juristischen Umgang mit Vergehen während des Bürgerkriegs und der Rückkehr von Flüchtlingen geregelt. Die Rebellengruppen sollen aufgelöst werden und ihre Kämpfer in die sudanesische Armee eingegliedert werden. Einhergehend mit dem Abkommen ist eine Verlängerung der Übergangsregierung.

Nicht alle bewaffneten Gruppen unterzeichneten das Abkommen oder nahmen an den Verhandlungen teil, u.a. The Sudan Liberation Movement/Army-Abdul Wahid Nur (SLM/A-AW) aus Darfur und Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) geführt von Abdel Aziz al-Hilu, der Teile Blue Nils und Süd-Kordofans kontrolliert.

Amnesty International weist die Regierung darauf hin, auch andere Interessensgruppen nicht zu vergessen, wie Binnenvertriebene oder die Zivilgesellschaft. ([Sudan: Friedensabkommen zwischen Regierung und Rebellen unterzeichnet – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(amnesty-zentral-ostafrika.de\)](https://www.amnesty-zentral-ostafrika.de/) )

Das **Waffenstillstandsabkommen** zwischen den Angehörigen der Nuba, Habbab und Beni Amer wird in Kassala für einen Monat verlängert – das dritte Mal in Folge.

Kurz vor Unterzeichnung des Abkommens kommt es zu Gewaltausbrüchen in Port Sudan. Auch blockierten Protestierende den Khartoum-Port Sudan Highway intermittierend für 3 Tage.

Amal el Zaki, Leiterin der „Red Sea state Women's Union“ erinnerte daran, dass v.a. Frauen durch die ethnischen Kämpfe negativ beeinflusst werden: Häufig verlieren sie den finanziellen Versorger der Familie oder verlieren selbst den Job.

### September

Am **03.09.** kommt es zu einer Vereinbarung zwischen der Übergangregierung und der SPLM-N (Sudan People's Liberation Army-North faction) unter Abdelaziz El Hilu in Addis Abeba, die besagt, dass die Bewegung bewaffnet bleibt bis eine vollständige politische und soziale Trennung von Religion und Staat vollzogen ist. Die SPLM-N El Hilu gehört mit der SLM-AW (Sudan Liberation Movement in Darfur, angeführt von Abdelwahid El Nur) zu den Gruppen, die das Friedensabkommen vom 31.August nicht unterzeichnet haben. Die Übergangsregierung stimmt der Fraktion zu, dass Religion und Staat voneinander getrennt werden müssen. El Hilu: „[Sudan will not be stable and cannot remain united if the separation of religion and state is not solved.](#)“

[Die USA, UK, Norwegen, EU und AU-UNAMID begrüßen das Abkommen . \(Radio Dabanga\)](#)

Am **20.09.** verkündet SPLM-N El Hilu Secretary General Ammar Daldoum auf einer Pressekonferenz in Juba, dass von Premierminister Hamdok erwartet wird, ein neues Friedensverhandlungsteam auf Regierungsseite zu stellen. Die SPLM-N El Hilu blieb den **Friedensverhandlungen vom 31.August** fern, aus Protest gegen den Regierungsdelegationsvorsitzenden RSF Kommandeur Mohamed Hamdan „Hemeti“, dem Verbrechen gegen sudanesisch Zivilbevölkerung vorgeworfen werden.

Die **USA** bieten an, den Sudan von der Liste der staatlichen Terrorismusförderer zu streichen, auf der es seit 1993 steht-allerdings unter der Bedingung, dass diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen werden. Premierminister Abdalla Hamdok lehnt dies zunächst ab.( Süddeutsche Zeitung)

Die **Inflationsrate** im Sudan beträgt 212,29 Prozent und steigt somit weiter an. Im August waren es ca.45 Prozent weniger. Zuzufolge des Zentralen Statistikbüros liege dies nicht nur an hohen Preisen für Lebensmittel, sondern u.a. auch für medizinische Materialien und Medikamente, an denen es zunehmend fehle.(Radio Dabanga)

### Oktober

Am **7.Oktober** gibt eine Gruppe von Koordinatoren des „Resistance Komitees“ in Omdurman der Regierung eine Deadline von 5 Tagen um die bestehende Brotkrise zu lösen. Die Versorgungspolizei solle von der Mühle bis zur Bäckerei Kontrollen durchführen dürfen. Es wird eine mangelnde Eigenverantwortung der Regierung für die Ereignisse in den Ministerien für Finanzen, Industrie und Handel und den Mühlen betont, sowie eine fehlende Transparenz gegenüber der Bevölkerung.

Sechs sudanesisch Frauen und ein Kind werden in El Gedaref an der **sudanesisch-äthiopischen Grenze** von bewaffneten Männern entführt. In der umstrittenen Region kommt es immer wieder zu Entführungen, Morden und Diebstählen von Vieh. Die Grenzziehung stammt aus der Kolonialzeit und wurde seit der Unabhängigkeit Sudans nie klar abgegrenzt.(Radio Dabanga)

Staatsanwältin Fatou Bensouda vom **Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)** besucht Khartum , um die Voraussetzungen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Sudan zu schaffen und Optionen für den

Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir und andere Personen zu erörtern, die wegen in Darfur begangener Verbrechen angeklagt wurden.

**Amnesty International** fordert die sudanesischen Behörden auf, den Weg des IStGH vor Gericht zu priorisieren und Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen angeklagt sind, unverzüglich vor Gericht zu bringen. Deprose Muchena, Direktorin von Amnesty International für Ost- und Südafrika: „IStGH-Prozesse sind unerlässlich, um Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für die Opfer der abscheulichen Verbrechen in Darfur zu gewährleisten. Seit mehr als einem Jahrzehnt entziehen sich die Täter von Verbrechen nach internationalem Recht der Gerechtigkeit. Die sudanesischen Behörden sollten jetzt die Überstellung von Omar al-Bashir und anderen an den IStGH beschleunigen“.

Die Untersuchung des IStGH wurde im Juni 2005 eröffnet. Diese hat mehrere Fälle und Haftbefehle ergeben, darunter Haftbefehle gegen den ehemaligen Präsidenten Omar Al-Bashir, dessen Haftbefehle seit über einem Jahrzehnt ausstehen. (Sudan: IStGH momentan beste Option für Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Darfur-Verbrechen – Regionalverbund Zentral-Ostafrika ([amnesty-zentral-ostafrika.de](http://amnesty-zentral-ostafrika.de))),

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/10/sudan-icc-presently-the-best-option-for-justice-for-darfur-crimes/>

Sudan, die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union beschließen den Abzug der **UNAMID**-Truppen aus Darfur zum 31.12.2020. An deren Stelle tritt die Mission **UNITAMS** ( UN Integrated Transition Assistance Mission in Sudan), die bereits am 3.Juni 2020 vom UN-Sicherheitsrat beschlossen wurde. Diese soll ab dem 1.Januar 2021 beginnen. Die strategischen Aufgaben der Mission sind Hilfestellung beim Umbau in eine demokratische Regierung, Unterstützung bei Friedensverhandlungen und Bemühungen um einen rechenschaftspflichtigen Rechtsstaat und Sicherheitsinstitutionen, Hilfe beim Entwurf einer neuen Verfassung und beim Zivilschutz, besonders in Darfur, Süd-Kordofan und Blue Nile. (Radio Dabanga)

**Amnesty International** fordert eine Verlängerung des Mandats von UNAMID um mind. 6 Monate angesichts des Versagens der staatlichen Sicherheitskräfte beim Schutz der Zivilbevölkerung in den letzten Monaten und da UNITAMS bisher nicht besetzt und einsatzbereit ist. In West- Zentral- und Nord-Darfur kam es zwischen Juli und September 2020 vermehrt zu Überfällen bewaffneter Gruppen, bei denen mehr als 70 Menschen starben und mind. 78 Menschen verletzt wurden. Angesichts der Tatsache, dass die nationalen Sicherheitskräfte in den letzten Monaten nicht in der Lage waren, die Bevölkerung vor Angriffen zu schützen, befürchtet Amnesty International, dass der Schutz der Zivilbevölkerung in dem entstehenden Sicherheitsvakuum in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden kann. Auch berichteten Zeugen Amnesty International, dass an einem bewaffneten Angriff auf Demonstranten eines Sitzstreiks am 6.Juli in Fata Borno Angreifer Uniformen der nationalen Sicherheitskräfte und der RSF trugen. Weitere Beispiele dieser Art sind in dem Bericht ***UN muss Mandat der Friedensmission in Darfur um mindestens sechs Monate verlängern*** nachzulesen. Die Friedenstruppen waren oft in der Lage, Zivilisten zu schützen, die vor der Gewalt fliehen und es schaffen, sich in Gebiete in der Nähe von UNAMID-Stützpunkten und UNAMID-geschützten Lagern zu begeben. Bereits dieser Schutz und die abschreckende Wirkung der bloßen Anwesenheit von UNAMID in der Region ist ausreichend um eine Verlängerung zu rechtfertigen, so Deprose Muchena. ([Sudan: UN muss Mandat der Friedensmission in Darfur um mindestens sechs Monate verlängern – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(www.amnesty-zentral-ostafrika.de\)](http://www.amnesty-zentral-ostafrika.de))

## November

Anfang November kommt es in der Stadt Zalingei in **Zentraldarfur** zu Sit-Ins auf Grund der steigenden Unsicherheit in der Region, u.a.durch gewalttätige Übergriffe und bewaffnete Überfälle.

Im Zamzam Camp für Vertriebene kommt es zu einem Sit-In vor der Zentrale des World Food Programme (WFP). Die Menschen fordern größere Rationen und eine gleiche Verteilung von Nahrung für alle Menschen im Camp. Bisher werden die Lebensmittel unterschiedlich auf der Grundlage von drei Kategorien verteilt.(Radio Dabanga)

Die Anzahl der registrierten **COVID-19** Infizierten im Sudan steigt auf 15.047. Insgesamt gab es offiziell 1.175 COVID-19 Todesfälle. Der Untersekretär des Gesundheitsministeriums bedauert den Umgang mit dem Virus und erinnert an die Hygienerichtlinien. Andererseits kritisiert das Zentralkomitee medizinischer Labore den Mangel an Laboren, die entsprechende Tests durchführen können und die Schwierigkeiten, die zum Teil damit verbunden sind, z.B. eine weite Anreise für Menschen, die sich testen lassen wollen. (Radio Dabanga)

## Dezember

In einem offenen Brief vom **3. Dezember** an den Souveränen Rat, die Minister und Premierminister Hamdok fordern **Amnesty International** und andere Nichtregierungsorganisationen die weitere und vollständige Ratifizierung der UN-Antifolterkonvention(UNCAT) und der internationalen Konvention zum Schutz aller Menschen vor Verschwindenlassen (ICPPED). Der Brief ist zu finden unter: [News – Sudan – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(www.amnesty-zentral-ostafrika.de\)](https://www.amnesty-zentral-ostafrika.de)

Am **4. Dezember** verkündet der Vorsitzende des Souveränen Rates, General Fattah al-Burhan, eine Umbildung des bisherigen Souveränen Rates (bestehend aus 11 zivilen und militärischen Vertretern) in einen neuen TPC (Transitional Partners Council) bestehend aus 29 Personen ( 6 Militärs, Premierminister, 13 aus FFC(Forces for Freedom and Change), 9 aus Rebellengruppen). Die Umbildung wird dem Friedensabkommen begründet, dass Anfang Oktober mit einigen Rebellengruppen erzielt wurde. Der TPC stößt aber auf große Gegenproteste in der Bevölkerung und auch beim Premierminister, da jetzt ein Militär mehr im Rat sitzt als vorher und dies eine erhöhte Machtposition des Militärs darstellt. Bisher ist nicht klar, ob dieser neue TPC durchgesetzt werden wird.

Am **14.Dezember** wird der Sudan offiziell von der US-Liste der Terrorunterstützer gestrichen.

Bereits am 30.10. unterschrieben der Sudan und die USA eine bilaterale Vereinbarung zur Schadensregulierung um "Versäumnisurteile und Behauptungen, die auf Vorwürfen beruhen, dass das frühere sudanesisches Regime Terrorakte unterstützt hat" zu beseitigen. Zusätzlich zu den etwa 72 Millionen bereits an die USA gezahlten US-Dollar kommen 335 Millionen US-Dollar zur Verteilung an Opfer von Terrorismus. Im Gegenzug hieß es, werde der Sudan von der US-Liste terrorunterstützender Staaten (SSTL) gestrichen. "Die heutige Vereinbarung ist eine Investition in eine erfolgreiche Zukunft Sudans und seiner Menschen", sagte Justizministerin Nasredeen Abdulbari Radio Dabanga. Die Vereinbarung wird als historischer Schritt zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen dem Sudan und den USA gesehen. Auch Israel ließ verlauten, zu einem normalen Verhältnis zum Sudan zurückkehren zu wollen und der Sudan stimmte diplomatischen Beziehungen zu Israel zu. ( Radio Dabanga)

## Tigray Konflikt

Die Zahl der äthiopischen Flüchtlinge, die aus der Tigray Region ins ostsudanesische El Gedaref und Kassala fliehen, steigt auf 50.000 an, seit dort Anfang November die Kämpfe ausbrachen, so die dortige Gesundheitsministerin Amira El Gaddal. Es seien Menschen mit Infektionskrankheiten darunter, viele Schwangere und Kinder und auch unbegleitete Minderjährige. Die humanitäre Situation im Camp Um Racouba sei sehr schlecht. Ein gemeinsamer Interventionsplan der sudanesischen Autoritäten und Hilfsorganisationen sei notwendig. Es wurde bereits eine Nationale Kommission für äthiopische Flüchtlinge gegründet. Der Sprecher des UN-Generalsekretärs mahnte, alle beteiligten Konfliktparteien müssen garantieren, dass die Menschen auf ihrer Flucht nicht behindert werden und sicher seien.

Die UNHCR (United Nations High Commission for Refugees) besah die Lage vor Ort und appelliert an internationale Hilfe um den Sudan in dieser Situation zu unterstützen. Die UN selbst stellen bereits einige Tausend Utensilien wie Decken, Solarlampen und Moskitonetze bereit. ([United Nations: 'Not enough humanitarian aid for Ethiopian refugees in Sudan'](#), Radio Dabanga)

## Sudan – ein sicheres Herkunftsland?

Am 3. Februar kam es in Niedersachsen zur Einstufung des Sudan als sicheres Herkunftsland, was bedeutet, dass es zu Abschiebungen von Geflüchteten zurück in ihr Heimatland kommen kann. Die meisten Asylsuchenden aus dem Sudan werden in Niedersachsen untergebracht. Diese Einstufung ist als problematisch anzusehen, da die Übergangsregierung zu einem großen Teil vom Militär, den RSF und den Janjaweed, den islamistischen Milizen, gebildet wird. Also genau den Kräften vor denen viele nach Europa geflohen sind. Auch wir in der Koordinationsgruppe Sudan/Südsudan haben Anfragen für Hilfe von z.B. Asylgruppen bekommen, die sich um Menschen aus dem Sudan kümmern, denen eine Abschiebung droht. Leider können wir nicht viel mehr tun als unser Wissen um die tatsächliche politische Situation zu teilen und somit auf Vernunft und Verständnis zu hoffen.

Am 30. Oktober wandte sich die Bewegung **Freiheit für neuen Sudan** mit einem offenen Brief, diese Problematik betreffend, an die Öffentlichkeit. (<https://www.nds-fluerat.org/46878/aktuelle-s/gruppe-freiheit-fuer-neuen-sudan-fordert-abschiebestopp-in-den-sudan/>)

Die Gruppe **Sudan Uprising** ruft die Kampagne “#EndJanjaweed” ins Leben, mit dem Ziel, dass Deutschland und die EU ihre Unterstützung zur Migrationskontrolle und der Vorverlegung der Außengrenzen im Sudan im Rahmen des Khartoum-Prozess beenden. Beides steht im Zusammenhang mit den RSF, die aus den Janjaweed hervorgingen. Hauptziel des Khartoum-Prozess ist es, den Weg nach Europa für Migrant\_innen und Flüchtlinge einzuschränken. Dies führte zu rücksichtslosen Maßregelungen seitens der RSF, wie der Menschenrechtsaktivist Suliman Baldo schon in einem Bericht 2017 feststellte. Auch beim brutalen Eingreifen in die Proteste vom 3. Juni 2019 war die RSF beteiligt.

Die Kampagne wird unterstützt von der Bewegungsförderung und Medico International. ([#ENDJANJAWEEED - SUDANUPRISING GERMANY](#))

## Menschenrechtslage im Sudan

Amnesty International liegt ein Bericht des Projekts **DefendDefenders** zur Situation der Menschenrechte im Sudan (und anderen ostafrikanischen Ländern) vor. Hier Auszüge daraus:



Trotz des Aufrufs von Menschenrechtsgruppen, Gefangene, die kein Gerichtsverfahren bekommen haben, aus dem Gefängnis zu entlassen auf Grund der hohen Prävalenz von Covid-19, sitzen immer noch viele Menschen ohne Prozess in Haft.

Das sudanesisches Journalistennetzwerk mahnte, dass es nicht zu Behinderungen ihrer Arbeit während der Covid-19 Pandemie kommen dürfe. Es seien Journalisten an Checkpoints vermehrt aufgehalten worden.

Am 18. Juli kündigt die sudanesisches Armee an, dass sie plane, rechtliche Wege einzuleiten gegen Einzelpersonen wegen Beleidigung der Streitkräfte. Vorher war ein Journalist beschuldigt worden, Geheimnisse des Militärs im Fernsehen preisgegeben zu haben.

Im September verkündet der sudanesisches Minister für Information, Kultur und Tourismus Reformen der Mediengesetzgebung um diesen mehr Unabhängigkeit zu geben.

Das ganze Jahr über kam es zu Protesten gegen die schlechten Lebensbedingungen, die instabile Wirtschaft und zu Mahnungen für schnellere Reformen. Im Mai und Juni kamen Tausende in Khartoum zusammen um an den gewaltsam aufgelösten Sit-In vor einem Jahr zu erinnern, bei dem 100 Protestierende getötet wurden. Am 30. Juni kam es zum „march of millions“ um Gerechtigkeit für jene zu fordern, die bei den Aufständen 2019 getötet wurden. Die Polizei benutzte Tränengas um die Demonstration aufzulösen. Am 17. Juli kam es als Antwort auf die Aufhebung einiger islamischer Gesetze zu Protesten islamischer Gruppen und ehemaligen Bashir-Anhängern. Es kam jedoch zu keiner Gewaltausübung. Am 17. August kam es erneut zum Einsatz von Tränengas bei Demonstrationen gegen den langsamen Wandel. Es wurden Dutzende Protestierende festgenommen.

Hier ein interessanter Artikel über die **Reformen des Sicherheitssektors** im Sudan:

([Reforming the Security Sector in Sudan: The Need for a Framework – Africa Center for Strategic Studies](#) )

Eine kurze Zusammenfassung:

War der Sicherheitssektor bisher ein Werkzeug der Repression und repräsentierte am deutlichsten die institutionelle Kontrolle des Bashir-Regimes, muss er in eine professionelle Einheit zum Schutz von Zivilisten geformt werden. Das birgt Schwierigkeiten: Der alte Sicherheitssektor hat ein sehr großes personelles militärisches Aufkommen und es gibt noch weitere angegliederte bewaffnete Gruppen. Selbst das Militär ähnelt oft eher ethnischen Milizen. Auch die Gruppen, die gegen das alte Regime gekämpft haben, müssen eingegliedert werden. Aber die Integration rivalisierender Kräfte ist oft problematisch.

In Artikel 8.12 der Verfassung steht weiterhin, dass das Militär allein für die Umgestaltung der militärischen Institutionen verantwortlich ist. Eine Handhabung der zivilen Führung ist nicht berücksichtigt. Auch die Teilhabe am Umwandlungsprozess und die Rezension dessen durch die Zivilbevölkerung ist von Bedeutung für Interessenvertretungen, Unterstützung des Ganzen durch die Bevölkerung und die gesellschaftliche Legitimität.

Bisher wird im Sudan der sogenannte DDR-Prozess ( Disarmament, Demobilization, Reintegration) angewandt, welcher allerdings für solche komplexe Konfliktsituationen ineffektiv zu sein scheint.

Auch besteht das Risiko, dass wie im Südsudan eine ethnische Gruppe in den bewaffneten Fraktionen überrepräsentiert ist.

## Aktion zu Diskriminierung von Frauen beendet

Unsere Aktion „Diskriminierung gegen Frauen stoppen“ haben wir am 31.7.2020 erfolgreich beendet. Wir haben fast 1100 Unterschriften an die sudanesishe Botschaft in Berlin übergeben. In den vergangenen Monaten ist es auch schon zu einigen Verbesserungen für die Frauen im Sudan gekommen. Ende letzten Jahres hatte die sudanesishe Regierung die „Gesetze zur öffentlichen Ordnung“ widerrufen, welche u.a. das Auftreten von Frauen im öffentlichen Raum regelten. Im Mai wurde dann jegliche Form von Genitalverstümmelung kriminalisiert und unter Strafe gestellt. Das hatten wir auch mit unserer Petition gefordert.

Die Frauen im Sudan sind aber noch nicht mit ihrer derzeitigen Situation zufrieden. Sie fordern weiterhin mehr politisches Mitspracherecht und eine Beteiligung an wichtigen Entscheidungen und Versammlungen. Sie fordern eine Verfassung, die ihnen gleiche Rechte wie den Männern garantiert, die ihr Geschlecht respektiert, gleiche Partizipation am sozialen Leben zugesteht, um ihr Leben zu verbessern.

Wir möchten uns hiermit bei allen Unterstützer\_innen bedanken und besonders für die vielen Petitionen, die wir, trotz Corona, von lokalen Gruppen aus ganz Deutschland erhalten haben !!

## Quellen:

### Radio Dabanga

- <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-govt-splm-n-el-hilu-agreement-in-addis-ababa-rebels-to-retain-arms>
- Sudan inflation reaches 212.29 per cent in September | Radio Dabanga (dabangasudan.org)
- <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/six-women-child-kidnapped-on-sudan-ethiopia-border> )
- UNAMID to exit Darfur on December 31 | Radio Dabanga (dabangasudan.org)
- (Protest against insecurity in Central Darfur | Radio Dabanga (dabangasudan.org) )
- (COVID-19 death toll rises in Sudan | Radio Dabanga (dabangasudan.org) )
- Radio Dabanga (dabangasudan.org), Living conditions in eastern Sudan refugee camps 'unacceptable' | Radio Dabanga (dabangasudan.org)

### SZ

- <https://www.sueddeutsche.de/politik/sudan-diplomatie-als-deal-1.5052011>)
- USA streichen Sudan von Terror-Liste | Aktuell Afrika | DW | 14.12.2020 )

## Südsudan

### Entwicklungen seit Juni 2020

Seit der Bildung der Übergangsregierung im Februar 2020 ist die Umsetzung des im September 2018 unterzeichneten revitalisierten Übereinkommens zur Lösung des Konflikts in der Republik Südsudan größtenteils ins Stocken geraten. Die Unterzeichner\_innen haben sich nicht an die im Friedensabkommen festgelegten Fristen gehalten und haben die vereinbarten politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bestimmungen nicht verfolgt. Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht, einschließlich des Hybriden Gerichts für den Südsudan (HCSS), wurden nicht umgesetzt, während die südsudanesischen

Volksverteidigungskräfte (SSPDF) und die oppositionelle sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA-IO) weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilisten begangen haben.

Die politische Dynamik, die durch regionale Vermittlung unterstützt wurde und die Rückkehr des ersten Vizepräsidenten Riek Machar Teny, des Vorsitzenden der oppositionellen sudanesischen Volksbefreiungsbewegungsarmee (SPLM / A-IO), nach Juba ermöglichte, hat nachgelassen. Präsident Salva Kiir Mayardit hat die Opposition aus dem Entscheidungsprozess der Regierung ausgeschlossen.

Politische und sicherheitspolitische Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition von Präsident Kiir haben zu Konflikten beigetragen, bei denen Zivilisten in Jonglei und im Großraum Pibor getötet und vertrieben wurden. Rivalisierende Fraktionen innerhalb der Regierung versorgten verschiedene ethnische Milizen mit Waffen aus dem Vorrat der Regierung. Zwischen Mai und August wurden acht humanitäre Mitarbeiter getötet, humanitäre Einrichtungen geplündert und zerstört und Tausende Zivilisten in Zeiten weit verbreiteter Überschwemmungen in Jonglei und im Großraum Pibor vertrieben.

In Warrap befehligte Generalleutnant Rin Tueny Mabor Deng während der politisch motivierten Abrüstungskampagne der SSPDF Streitkräfte, bei denen 85 Zivilisten getötet und Tausende vertrieben wurden. Die Kommandeure blockierten vorübergehend den humanitären Zugang, um verwundeten Zivilisten Hilfe zu leisten. Während des gesamten Jahres 2020 haben die SSPDF und der Nationale Sicherheitsdienst die Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS) und Friedensbeobachter routinemäßig am Zugang zu Konfliktgebieten gehindert.

Sowohl SSPDF als auch SPLA-IO haben gegen das Abkommen über die Beendigung der Feindseligkeiten, den Schutz der Zivilbevölkerung und den humanitären Zugang verstoßen. Eine gemeinsame SSPDF- und SPLA-IO-Offensive in Zentraläquatoria gegen die Nationale Heilsfront (NAS), eine nicht unterzeichnende Gruppe, hat die NAS dazu veranlasst, ihre Streitkräfte zu zerstreuen und ihre Guerilla-Angriffe gegen Regierungstruppen zu verstärken. Der anhaltende Konflikt hat die Aussichten auf ein langfristiges Friedensabkommen zwischen der Regierung und den nicht unterzeichnenden Parteien, die sich im Oktober 2020 unter Vermittlung der Gemeinschaft Sant'Egidio in Rom getroffen haben, verringert.

Die Einnahmen, die der Regierung für die Umsetzung des Friedensabkommens zur Verfügung stehen, sind gesunken. Während der Südsudan täglich rund 165.000 Barrel Öl gefördert hat, kann die Regierung weniger als 15 Prozent des produzierten Öls verkaufen, die Haupteinnahmequelle des Südsudan. Infolgedessen hat sich die Regierung, die ein Haushaltsdefizit von über 700 Millionen US-Dollar prognostiziert hat, zunehmend ressourcengestützten Darlehen und Verträgen zugewandt. Dem Südsudan mangelte es an Transparenz und Kontrolle darüber, wie er Öl- und Nichtöleinnahmen sammelt und ausgibt.

Während der mangelnden Umsetzung des Friedensabkommens der Übergangsregierung haben sich die bewaffneten Gruppen weiter zersplittert, und einige Einheiten haben sich auf einen erneuten bewaffneten Konflikt vorbereitet. Seit Februar sind einige SPLA-IO-Kommandeure mit ihren Soldaten zur SSPDF übergelaufen, was zu Konflikten in Zentraläquatoria und im oberen Nil geführt hat.

SSPDF hat den Einsatz von Truppen in Mittel- und Westäquatoria verstärkt, um seine Offensive gegen die NAS zu erneuern und die Machar-loyalen Streitkräfte zu entwurzeln, da SPLA-IO-Überläufer Brigadegeneral Moses Lokujo Gabriel eine Kampagne gegen seine ehemaligen Einheiten geführt hat. Generalleutnant Kuc hat sich auch darauf vorbereitet, neue Waffen und Schulungen für Streitkräfte unter seiner Kontrolle zu erwerben.

Im **August (Mitte-14.08.2020)** warnt die UN-Kommission vor einer weiteren Eskalation der Gewalt im Südsudan. Seit Juni seien Hunderte von Zivilisten verletzt und getötet worden. Hunderte Mädchen und

Frauen seien verschleppt worden und Opfer von sexueller Gewalt. Bis zu dem heutigen Stand (14.08.20) seien mehr als 800.000 Menschen vor der Gewalt bereits auf der Flucht. In sechs von den zehn Gliedstaaten des Südsudan und einem Bezirk sei die Gewalt zu verzeichnen. Die UN- Kommission verweist auf verschiedenen Bevölkerungsgruppen in einigen Gebieten, in anderen würden die Angriffe von der Armee und der bewaffneten Opposition ausgehen.

Die Regierung unter Präsident Salva Kiir reagiert laut UN- Kommission unzureichend auf die Geschehnisse. Es gebe keine Untersuchungen und keine strafrechtlichen Konsequenzen für die Straftaten.

<https://www.evangelisch.de/inhalte/173700/14-08-2020/un-hunderte-tote-und-verletzte-zivilisten-bei-kaempfen-im-suedsudan>

Während einer Auseinandersetzung zwischen Soldaten und Zivilpersonen am **11. August** sind mindestens 38 Menschen getötet worden. Anlass/ Hintergrund war ein Streit über die Entwaffnung von Zivilpersonen, was Teil des Friedensabkommens ist. Soldaten haben auf einem Markt in Tonj East im Zentrum des Landes einen Zivilisten aufgefordert, seine Schusswaffe abzugeben.

Einen Tag nach diesem Vorfall hätten dann bewaffnete Zivilpersonen eine Militärbasis im nahe gelegenen Romic angegriffen. Dabei wurden mindestens 38 Menschen getötet. Die Soldaten hätten sich aus dem Gebiet zurückgezogen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden, laut dem Sprecher des Militärs Lol Ruai Koang.

<https://orf.at/stories/3177065/#:~:text=Bei%20einer%20Auseinandersetzung%20zwischen%20Soldaten,die%20Teil%20eines%20Friedensabkommens%20ist.>

### 23. September 2020

UN- Kommission kann im Südsudan seit 2016 eine Summe von 36 Millionen Dollar an Veruntreuung durch Regierungsbeamte nachweisen. Das Geld wurde zum Teil für den Kauf von Eigentum im Ausland verwendet.

Präsident Salva Kiir entließ den Finanzminister des Südsudans, den Leiter der Steuererhebung der nationalen Steuerbehörde und den Direktor der staatlichen Öl- Gesellschaft (AFP).

<https://www.aljazeera.com/news/2020/9/23/south-sudan-government-figures-embezzled-36mn-un-panel>

### 27. September 2020

Sudan und Südsudan unterschreiben eine Vereinbarung zur Ölproduktion zwischen den beiden Ländern. Die Ölproduktion soll in den Feldern von *Unity* und *Toma South* stattfinden.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-and-south-sudan-draft-oil-production-agreement>

### 30. Oktober 2020

Der Sudan und der Südsudan unterzeichneten am 27.10.2020 ein „*Memorandum of Understanding*“ in Khartoum, für eine gemeinsame Militärische- und Verteidigungskooperation zwischen den beiden Ländern. Der Vertrag beinhaltet auch eine *free trade zone* in der Gegend von Mokhaleef in El Jebel.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-and-south-sudan-sign-agreement-for-joint-defence-and-military-cooperation-in-khartoum>

#### 4. November 2020

Sudan und Südsudan haben sich auf Grenzen geeinigt. Seit 2011 sind die Grenzen von Abyei, Kaka el Tijariya, Debbat el Fukhar/ Megenes Mountains, Bahr el Arab und Kafia Kingi/ Hafrat el Nukhas umstritten. Am 12. November werden in Khartoum die Verhandlungen beendet.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-south-sudan-boundary-to-be-defined>

Am **15. Dezember** wurde das Resultat der Halbzeitprüfung bezüglich des Waffenembargos gegen den Südsudan bis zum 31. Mai 2021 bestätigt. Grundlage für das Weiterführen des Embargos sind die weiterhin bestehenden Menschenrechtsverletzungen sowie die militärischen Unruhen im Land.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird das Waffenembargo gegen den Südsudan aufrechterhalten.

Die Grundlage für den Beschluss, der zum 15. Dezember 2020 erneut betrachtet werden sollte, sind die Kriegs- und Gewaltverbrechen, die die Regierung gegenüber der Bevölkerung im ganzen Land weiterhin ausübt ( <https://www.hrw.org/news/2020/12/15/un-should-speak-out-security-service-abuses-south-sudan>)

Die Situation im Südsudan ist sehr fragil und kann weiterhin als humanitäre Krise bezeichnet werden. Es sind immer noch unzählige Menschen im Südsudan und den Nachbarländern auf der Flucht (mehr als 7,5 Millionen Menschen), unter ihnen viele Kinder, (circa 4,1 Millionen) die enorm unter der Situation leiden (reliefweb.int/ Humanitarian Action for Children 2021-Sozh Sudan).

Im Südsudan hat die Überprüfung der Ernährungssicherheit im Dezember 2020 (Integrated Food Security Phase Classification – IPC) eine weitere Verschlechterung der Situation ergeben. Es wird befürchtet, dass dort im kommenden Jahr fast 7,3 Millionen Menschen – rund 60 Prozent der Bevölkerung – von schwerer akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sein werden. Man rechnet mit schätzungsweise 1,4 Millionen akut mangelernährten Kindern – die höchste Zahl seit 2013. Gleichzeitig wird die Zahl der Kinder mit lebensgefährlicher akuter schwerer Mangelernährung voraussichtlich von 292.000 in 2020 auf 313.000 im kommenden Jahr steigen. (<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2020/unicef-warnt-vor-hungerjahr/233704>)

Ursachen hierfür sind anhaltende Konflikte und Unsicherheit sowie eingeschränkter Zugang zu Gesundheitsdiensten, sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen und Hygiene. In einigen Gebieten des Landes haben in 2020 Überschwemmungen den Zugang zu Nahrung zusätzlich erschwert.

Durch die Kämpfe zwischen Rebellen auf der einen Seite, und Regierung, sowie Opposition auf der anderen Seite kommt es weiterhin zu Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, wie Erschießungen von Zivilisten, Niederbrennen von Häusern, Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen und die Vertreibung von Tausenden von Menschen aus ihren Dörfern. Die Regierung schützt die südsudanesischen Bevölkerung weiterhin nicht vor dieser Gewalt.

#### **Südsudan: Rechenschaftspflicht ist entscheidend um die schweren Menschenrechtsverletzungen zu beenden**

In einer Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat sagte Amnesty International heute, dass trotz der Bildung der neu entstandenen Übergangsregierung der nationalen Einheit am 22. Februar, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen weiterhin durch Straflosigkeit begünstigt werden. Es hieß, dass nichtstaatliche bewaffnete Gruppen und staatliche Sicherheitskräfte nach wie vor sporadisch aufeinandertreffen und die Kämpfe zwischen ethnischen Gruppen in diesem Jahr dramatisch zugenommen

haben. Besorgniserregende UN-Berichte deuten darauf hin, dass sich immer mehr organisierte Kräfte an der Gewalt beteiligen, die zuvor bereits zur Entführungen von Zivilisten, zur Tötung von Hunderten von Zivilisten, zu sexueller Gewalt und zur Vertreibung von Tausenden von Menschen geführt hat.

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2020/10/suedsudan-rechenschaftspflicht-ist-entscheidend-um-die-schweren-menschenrechtsverletzungen-zu-beenden/>

### **SOUTH SUDAN: SYSTEMATIC HARASSMENT OF CIVIL SOCIETY, JOURNALISTS, PRIVATE SECTOR AND CRITICS BY SOUTH SUDAN'S INTELLIGENCE AGENCY/ Systematische Belästigung der Zivilgesellschaft, von Journalisten und dem Privatleben durch NSS (Nationalen Südsudanesischen Sicherheitsdienst )**

17 July 2020

South Sudan's National Security Service (NSS) continues to systematically harass and target civil society members, journalists, private sector employees and real or perceived critics of government and senior officials through arbitrary and unlawful arrest and prolonged detention. Those suspected of criminal responsibility for these violations act with impunity and are not held to account. Recent cases of arbitrary arrest and detention Since the beginning of the conflict in December 2013, Amnesty International has documented individuals detained without charge and kept in holding facilities with no access to families, medical treatment, or legal representation

<https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR6527272020ENGLISH.PDF>

### **Südsudan: Nach Anstieg der Gewalt gegen Zivilbevölkerung muss UN-Waffenembargo aufrechterhalten werden**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss das Waffenembargo gegen den Südsudan aufrechterhalten, sagte Amnesty International heute, nachdem schockierende Fälle extremer Gewalt durch Regierungskräfte und eine Zunahme von Angriffen auf Zivilisten, darunter Kriegsverbrechen, im Jahr 2020 im ganzen Land bestätigt wurden.

Neue Untersuchungen von Amnesty International haben eine Reihe von außergerichtlichen Hinrichtungen, Zwangsumsiedlungen, Folterungen und Zerstörungen von privatem Eigentum durch die Regierung und ehemalige Oppositionskräfte zwischen April und Juni 2020 im Bundesstaat Central Equatoria, südwestlich der Hauptstadt Juba, dokumentiert.

Der UN-Sicherheitsrat wird vor dem 15. Dezember eine Halbzeitbilanz seines Waffenembargos und anderer Maßnahmen gegen den Südsudan ziehen.

Zu Beginn des Jahres hatten Beamte des Südsudan die Aufhebung des Waffenembargos gefordert. Indes kam es fortwährend zu Zerstörungen, Folter, Vergewaltigungen und Vertreibungen im Süden des Landes, wo die Kämpfe, zwischen Rebellen auf der einen, und Regierung, sowie Opposition auf der anderen Seite, weiter andauern.

„Ganz einfach, die Regierung des Südsudan hat es versäumt, seine Bevölkerung zu schützen. Es wäre unverantwortlich vom Sicherheitsrat, angesichts der schrecklichen Menschenrechtsverletzungen, die von den Regierungstruppen begangen werden, das Waffenembargo jetzt auszusetzen oder aufzuheben.“ So Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

Allein im Bundesstaat Central Equatoria dokumentierte Amnesty International 110 zerstörte Strukturen bei mehreren Angriffen zwischen April und Juni 2020, ein Bruchteil der in den lokalen Medien berichteten Gesamtzahl. Laut Daten des „Armed Conflict Location and Event Data Project“ (ACLED) kam es auch in den Staaten Jonglei, Lakes, Warrap und Western Equatoria in diesem Zeitraum zu erheblichen

Gewaltausbrüchen. Die Statistiken ergaben nach einer Analyse des Stimson Center eine Zunahme der Gewalt um 400% im Vergleich zum selben Zeitraum im Jahr 2019.

Schilderungen aus Interviews von Amnesty International mit Augenzeugen, beschreiben das Ausmaß der Tötungen und Brandstiftung durch Regierungstruppen. Einer der Zeugen sagte gegenüber Amnesty International: „Er hat sie alle erschossen. Einer der vier wurde so stark getroffen, dass man ihn nicht mehr erkennen konnte. Er war Lomiong. Er wurde so plötzlich ins Gesicht und auf den Kopf getroffen. Nachdem sie die vier getötet hatten, fingen sie an, Tiere zu erschießen, wie Ziegen und Hühner. Dann setzten sie die ganze Gegend in Brand.“

Bei Übergriffen der Regierungstruppen in Panyume Payam im Bezirk Morobo Anfang Juni kam es zu Folterungen, Misshandlungen und Plünderungen. Ein Mann, der Zeuge des Angriffs wurde, sagte gegenüber Amnesty International: „Soldaten haben Capo verhaftet. Sie fesselten ihn und folterten ihn bis zum späten Abend. Der Mann brach zusammen, weil sie ihm Körperteile abgeschnitten und ihn damit gefüttert hatten. In der Nacht brachten sie ihn hinaus, und er starb im Busch.“

Die Daten über die Gewalttaten wurden durch Interviews, Satellitenbilder, Fotos und Open-Source-Daten gesammelt und verifiziert.

Hintergrund:

Im April 2020 veröffentlichte Amnesty International Beweise aus dem Südsudan über neu importierte Kleinwaffen und Munition, das illegale Verstecken von Waffen und die Abzweigung von gepanzerten Fahrzeugen für militärische Zwecke. Vertreter der Regierungs- und Oppositionskräfte trugen Modelle osteuropäischer Waffen, die noch nie zuvor im Südsudan dokumentiert worden waren. Amnesty International glaubt, dass diese Waffen unter Verletzung des Waffenembargos in den Südsudan gebracht wurden.

Am 29. Mai verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Waffenembargo durch eine 12:0-Stimme um ein weiteres Jahr. Nur Russland, China und Südafrika enthielten sich der Stimme. Bis zum 15. Dezember soll der UN-Sicherheitsrat eine Halbzeitüberprüfung des Waffenembargos anhand der Fortschritte des Friedensabkommens vornehmen und prüfen, wie Benchmarks entwickelt werden können, anhand derer das Waffenembargo im Mai 2021 überprüft werden soll.

Amnesty International fordert den UNO-Sicherheitsrat auf, der Prüfung der grausamen Menschenrechtsbilanz des Staates Priorität einzuräumen und nicht nur der bruchstückhaften Umsetzung der Bestimmungen des 2018 wiederbelebten Friedensabkommens.

Hier der Original Amnesty-Bericht: [South Sudan: UN arms embargo must be maintained after surge in violence against civilians in 2020 | Amnesty International](https://www.amnesty.org/en/documents/sud/2020/12/22/001/)

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2020/12/suedsudan-nach-anstieg-der-gewalt-gegen-zivilbevoelkerung-muss-un-waffenembargo-aufrechterhalten-werden/>

### **Überflutung im Südsudan in der Pibor Gegend verschärft die humanitäre Krise im Südsudan**

Seit Ende September hat die südsudanesishe Bevölkerung in der Gegend von Pibor mit einem Hochwasser zu kämpfen.

Das Hochwasser hat in den betroffenen Gebieten dazu geführt, dass 800.000 Menschen weder ausreichend Nahrungsmittel noch sauberes Trinkwasser zur Verfügung haben. Viele Bewohner\_innen haben ihre Häuser verloren, die medizinische Versorgung ist nun noch weiter verschlechtert. Die schon vorher schlechte bzw.

kaum vorhandene Infrastruktur ist nun noch weiter reduziert durch die völlig überschwemmten Straßen sowie auch die überschwemmte Landebahn im Bundesstaat Jonglei (in dem sich das nächst weiter gelegene Krankenhaus befindet). Die Menschen bauen Plastikplanen und/ oder Plastikwassertanks zu Flößen und Kanus um, damit sie sich irgendwie fortbewegen können.

Das Krisengebeutelte Land muss nun mit den Kriegsverbrechen und der damit einhergehenden Gewalt an allen Bevölkerungsschichten, der Wirtschaftskrise, der Ernährungsunsicherheit (die durch die globalen Verhältnisse durch die Covid-19 Pandemie verschärft werden), den Krankheiten, Covid-19 und nun auch noch der immer weiter rasant steigenden Überflutung leben.

<https://www.doctorswithoutborders.org/what-we-do/news-stories/news/south-sudan-flooding-deepens-humanitarian-crisis-pibor-area#:~:text=NEW%20YORK%20JUBA%20%20SOUTH%20SUDAN,aid%20organizations%20to%20provide%20food%20>

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/suedsudan-ueberschwemmungen-pibor>

### **Am 31. Juli wurde das Todesurteil gegen Magai Matiop Ngong aufgehoben.**

2017 wurde der damals 15 jährige Magai Matiop Ngong zum Tode verurteilt. Amnesty hat sich für ihn eingesetzt und sammelte weltweit über 750.000 Briefe, Appelle und Petitionsunterschriften. Der Druck auf die Behörden zeigte Erfolg. Am 14. Juli 2020 hob das südsudanesisches Berufungsgericht das Todesurteil gegen Magai Matiop Ngong auf.

Ursprung der Verurteilung war ein Unfall, bei dem sich bei einem Streit unter Cousins, ein Schuss aus Magais Gewehr löste. Das Gericht befand Magais des Mordes schuldig und verhängte die Todesstrafe. Dabei verbietet das südsudanesisches Recht wie auch die UN- Kinderrechtskonventionen Todesurteile gegen Minderjährige.

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/suedsudan-magai-matiop-ngong-wird-nicht-hingerichtet>

**Kanybil Noon wird am 29. Mai 2020** vom Nationalen Sicherheitsdienst (NSS) in Dschuba festgenommen und wird seit dem willkürlich und ohne Zugang zu Familie oder Rechtsbeistand im Hauptquartier der Behörde festgehalten.

K. Noon ist Aktivist der südsudanesischen Zivilgesellschaft und Mitglied des *Strategic Defence and Security Review Board*.

Amnesty fordert, dass Kanybil Noon entweder nach dem Völkerrecht und internationalen Standards anerkannten Straftaten angeklagt wird oder umgehend freigelassen wird. Des weiteren soll Noon regelmäßigen Zugang zu seiner Familie, Rechtsbeistand sowie benötigter medizinischer Versorgung erhalten und es soll sichergestellt werden, dass Noon weder misshandelt noch gefoltert wird.

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/suedsudan-aktivist-inhaftiert-2020-06-23>